

VERBAND BERNISCHER GEMEINDEN  
BERNISCHE GEMEINDESCHREIBERINNEN UND GEMEINDESCHREIBER  
VERBAND BERNISCHER FINANZVERWALTER

**per Mail**

GEF

Herr Regierungsrat  
Philippe Perrenoud  
Rathausgasse 1  
3011 Bern

Bern, 23. September 2008

**Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zur vorgesehenen Änderung der Sozialhilfeverordnung Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen bestens. Aus der Sicht der kommunalen Verbände ergeben sich die folgenden Bemerkungen:

Grundsätzlich wird die vorgesehene Änderung begrüsst. Es ist richtig, dass vermehrt administrative und standardisierte Abläufe durch Administrativpersonal, und nicht durch Sozialarbeitende ausgeführt werden. Die Entlastung der Sozialarbeitenden muss sich aber künftig in einer höheren durchschnittlichen Fallbelastung niederschlagen, was entsprechend tiefere Kosten zur Folge hat. Den ausgewiesenen Mehrkosten von Fr. 12 Mio. (!) müssen entsprechende Minderaufwendungen gegenüberstehen, auch wenn den kommunalen Verbänden bewusst ist, dass viele Sozialdienste unter einer hohen Arbeitsbelastung stehen. Eine Netto-Mehrbelastung von Fr. 12 Mio. erscheint problematisch.

Freundliche Grüsse

Lorenz Hess, Präsident VBG

Monika Gerber, Präsidentin BEGG

Daniel Bichsel, Präsident VBF